

Referat Männe Größ

Sekretariatssitzung DKP-Landesvorstand Brandenburg 28.03.2020 (redigiert und aktualisiert am 05.04.2020)

Die erste Frage, die wohl jeden beschäftigt: Wie ist der „Coronavirus“ einzuschätzen?

Ich bin kein Virologe und ich will auch keiner werden. Ich werde dazu also auch keine erschöpfende Antwort geben können und will auch nicht den Eindruck erwecken, dass ich dazu in der Lage wäre. Ich möchte mich auf folgende Aussagen beschränken:

- Coronaviren – eine Gattungsbezeichnung wie „Raubtiere“ – existieren bzw. sind bekannt seit mehreren Jahrzehnten. Wenn jetzt die Rede vom „Coronavirus“ ist, dann geht es um den neu entdeckten Virus SARS-CoV-2, der die Infektionskrankheit COVID-19 hervorruft. Diese Erkrankung ist gemeint, wenn im Folgenden von „Corona“ oder dem „Coronavirus“ die Rede sein wird.
- Die Herkunft des Coronavirus ist bis dato nicht eindeutig geklärt. Das erste bekannte massenhafte Auftreten des Virus in der chinesischen Wuhan-Region ist kein hinreichendes Indiz für den Ursprung des Virus. Nicht auszuschließen sind dabei auch Andeutungen der chinesischen Regierung, dass der Virus ein gezielter Aggressionsakt – also von Menschen herbeigeführt – gegen China sein könnte.
- Wie bei anderen (Virus-)Erkrankungen – z.B. einer Influenza – hat COVID-19 bei einem gewissen Anteil der Infizierten schwer (ca. 15 %) bzw. sehr schwer (5 %). Insbesondere Menschen mit Vorerkrankungen wie Bluthochdruck, Diabetes oder Herzerkrankungen und Menschen gehobenen Alters (>65) zählen zur sogenannten Risikogruppe, bei der eine signifikant erhöhte Gefahr eines sehr schweren Krankheitsverlauf besteht.
- Welche Gefahr von COVID-19 im Verhältnis zu anderen Viruserkrankungen ausgeht, ist aufgrund der statistischen Datensätze nicht abschätzbar – es besteht eine Situation, in der das „Ende der Fahnenstange“ im Krankheitsverlauf noch nicht absehbar ist. Wenn dabei von „Gefahr“ die Rede ist, sind mehrere Faktoren hinzuziehen. Mindestens einzubeziehen sind neben dem Anteil der Menschen, die am Virus sterben, auch dessen Inkubationszeit und der Grad der Ansteckungsgefahr – und nicht zuletzt, ob Medikamente existieren, die den Virus eindämmen (Impfstoff) bzw. bekämpfen können.
- Die Vermutungen verdichten sich, dass die Ansteckungsgefahr gegenüber einer Influenza höher ist, weil die Viren sich in hoher Konzentration im Rachenvorraum festsetzen. Wirksam gegen den Virus scheint der auf Cuba entwickelte Wirkstoff Interferon Alpha-2B zu sein, der sich bereits bei der Bekämpfung von HIV und dem Virus MERS-CoV 2012 bewährt hat. Bereits hier zeigt sich aber, dass die Gefahr eines Virus nicht allein aus sich selbst heraus bestimmbar ist. Ein Faktor ist z.B., dass die Blockade gegen Cuba trotz chinesischer Unterstützung aufgrund der Boykothaltung gegenüber dem antiimperialistischen Lager durch die führenden imperialistischen Mächte es verhindert, dass COVID-19 mit dem cubanischen Wirkstoff effektiv bekämpft werden kann.
- Erschwerend zur Erfassung von COVID-19 hinzu kommt in dieser Situation, dass die Bundesregierung nachwievor davon absieht, Massentests durchzuführen, wie sie bspw.

durch Schnell-Tests möglich wären, die Russland entwickelt hat. Warum diese Massen-Tests nicht durchgeführt und vom Robert Koch Institut (RKI) – das die Bundesregierung offiziell berät – nicht empfohlen wird, ist eine nicht unwichtige Fragestellung, die unterschiedliche Rückschlüsse zulässt, mit welcher Motivation NICHT gehandelt wird. Ohne sich in Spekulationen zu ergehen, halte ich hier nur fest: Die Herrschenden haben für das Nicht-Testen einen Grund und die Forderung nach kostenlosen COVID-19-Tests sollte bei uns an erster Stelle stehen.

Aufgrund der Datenlage sind auch Vergleiche zu anderen Viruswellen wie einer Influenza nur bedingt möglich. So ergaben Hochrechnungen des RKI für die Grippesaison 2017/2018 über 25.000 Tote durch Influenza – die Zahl der tatsächlich laborbestätigten Todesfälle lag bei 1.674 Verstorbenen über einen Zeitraum von mehreren Monaten. Derzeit (Stand 5. April 2020) liegt Zahl der laborbestätigten Todesfälle an COVID-19 bei 1.342 – trotz der (eingeschränkten) Maßnahmen zur Isolierung, die ergriffen wurden. Aufgrund der Dynamik – auch wenn sie sich weiter verlangsamt – ist davon auszugehen, dass die laborbestätigten Todesfälle weiter signifikant steigen werden. Die entscheidende Feststellung für Kommunisten (und jeden Humanisten) ist dabei nicht, ob mehr Menschen an vorangegangenen Grippewellen oder anderen Erkrankungen gestorben sind, sondern die Feststellung, dass derzeit genauso wie bei der Influenza-Grippewelle 2017/2018 Menschen – in der Tendenz Angehörige der Arbeiterklasse – sterben, weil der staatsmonopolistische Kapitalismus unfähig ist, seine gesellschaftlichen Ressourcen im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu mobilisieren. Dabei wäre es zu kurz gesprungen, nur auf kurzfristige Profitinteressen zu verweisen wie die Preissteigerung von FFP2-Masken um 3.000 % innerhalb von sechs Wochen. Es geht um geostrategische Interessen und imperialistische Strategien, die getrieben sind von der innerimperialistischen Konkurrenz (z.B. der weitere Ausbau der Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in der EU) aber auch dem Systemwiderspruch zur Volksrepublik China und anderen Staaten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte einen Punkt noch mal deutlich ansprechen: Bei der Einschätzung, welche Gefahr von COVID-19 ausgeht, kommt eine zumindest vermeintlich „rein biologische“ oder „virologische“ Betrachtungsweise schnell an ihre Grenze. Ich spreche von „vermeintlich“, weil es natürlich möglich ist, die Beschaffenheit und die Wirkung von COVID-19 auf einen menschlichen Organismus zu bestimmen. Aber um einzuschätzen, welche Gefahr konkret von einem Virus oder einem anderen Krankheitserreger ausgeht, ist das Bild nur vollständig, wenn neben den Gesetzen der organischen Natur und die gesellschaftliche Gesetze des Menschen hinzugezogen werden. Erkrankungen müssen also in ihrem konkreten historischen Kontext betrachtet werden und das heißt für die Schule des historischen Materialismus: Entlang der Entwicklung der Produktivkräfte und den daraus resultierenden Produktionsverhältnissen – Resultate des aktiven Stoffwechsels des Menschen mit der Natur, in der der Mensch stetig seine eigene (gesellschaftliche) Natur schafft. Ich möchte das an zwei Beispielen deutlich machen:

- Im Mittelalter war die durchschnittliche Lebenserwartung (von Männern) 32 Jahre. Es waren in der Regel Angehörige der herrschenden Klasse – des Adels oder des Klerus –, die 40 Jahre und älter wurden. Ein Blick auf den wissenschaftlichen Stand der Medizin (und hier wiederum je nach Kontinent sehr unterschiedlich ausgeprägt) macht deutlich, dass sowohl der Wissensstand (z.B. Aufbau und Funktion von Organen) und die Möglichkeiten des Eingriffs (z.B. chirurgische Eingriffe) sehr eingeschränkt waren. Dabei spielten bei der Eindämmungen von Seuchen – wie z.B. der Pest – auch eine

entscheidende Rolle, wie unterentwickelt der Informationsfluss war – das heißt: der „schwarze Tod“ verbreitete sich schneller als die Information, wie seine Ausbreitung einzudämmen ist.

- Bei der Bestimmung der Gefahr eines Krankheitserregers für den menschlichen Organismus ist die körperliche Verfasstheit von Bedeutung. Unmittelbar von Bedeutung sind dabei Unterernährung oder auch Luftverschmutzung, die ja bspw. auch in Norditalien als Grund für die sehr hohe Todesrate unter COVID-19-Infizierte angeführt wird. Nicht anders war es bei der Spanischen Grippe, die zwischen 1918 und 1920 grassierte und der zwischen 27 und 50 Mio. Menschen zum Opfer fielen. Dass dieser Influenza-Virus derart um sich greifen konnte, ist vor allem auf die Schwächung breiter Bevölkerungsteile im Zuge des Ersten Weltkrieges zurückzuführen. Also auch hier ist der historische Kontext – ein imperialistischer Krieg – von entscheidender Bedeutung, um die Gefahr eines Virus einzuschätzen.

Wenn wir uns also nun der Einschätzung zuwenden, welche Gefahr von COVID-19 oder auch einer Influenza ausgeht, müssen wir den entscheidenden historischen Kontext im Blick haben, in dem wir uns befinden: Die Epoche des Übergangs vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Sozialismus – und genauer: die Etappe, in der die Offensive des Imperialismus im Weltmaßstab ausgebremst ist, was keineswegs damit zu verwechseln ist, dass das imperialistische Lager in seiner Herrschaft unmittelbar bedroht ist. Und das heißt auf keinen Fall, dass diese Etappenbestimmung im Weltmaßstab wie eine Schablone statisch zu übertragen ist auf die nationalen Bedingungen im Klassenkampf in Deutschland. Aber andersherum wird ein Schuh daraus: Es ist unmöglich, eine erfolgreiche Strategie und Taktik im Klassenkampf derzeit auf nationaler Ebene zu entwickeln, ohne sie abzuleiten aus dem Hauptwiderspruch unserer Epoche und seiner konkreten Form in der momentanen Etappe. Das gilt erst Recht für die Strategie- und Taktikentwicklung im Zuge der Bekämpfung des Coronavirus COVID-19.

Wie drückt sich die momentane Etappe anhand des Coronavirus derzeit im internationalen Maßstab aus?

Nachdem China vor einigen Monaten von der Presse der herrschenden Klasse in den imperialistischen Zentren für JEDES Agieren gegen den Coronavirus in der Wuhan-Region an den Pranger gestellt wurde (Unfähigkeit, diktatorische Maßnahmen etc.), blamieren sich die anhaltenden Vorwürfe gegen die Volksrepublik China – z.B. seitens der US-Administration – immer mehr vor der Wirklichkeit. China ist es nach anfänglichen Fehlern durch drakonische Maßnahmen in Wirtschaft und Gesellschaft gelungen, die Ausbreitung von COVID-19 innerhalb weniger Monate zu stoppen, während Bundeskanzlerin Merkel verkündet, sie gehe von davon aus, dass sich bis zu 70 % der deutschen Bevölkerung mit COVID-19 Infizieren könnten.

Nun befindet sich China durch sein beherztes Eindämmen des Coronavirus in der Situation, seine Hilfe international zur Verfügung zu stellen. Dabei geht es nach der genannten Förderung von Wirkstoffen gegen COVID-19 um Soforthilfen in Form Schutzkleidung und anderem dringend benötigtem medizinischen Material – nicht anders verhält sich Russland z.B. in Italien. Dem gegenüber steht eine führende imperialistische Macht wie die USA, in deren Land nicht nur die meisten Menschen – vor allem Angehörige der Arbeiterklasse in den Metropolen – an COVID-19 gestorben sind, sondern die sich als unfähig erweisen als führende Industrienation, auf eine Produktion benötigter Güter schnell umzusteigen und stattdessen für Frankreich bestimmte

Schutzmasken dem NATO-Partner (zum dreifachen Angebotspreis) vor der Nase wegschnappt.

Prinzipiell nicht anders ist die Situation für den deutschen Imperialismus, der den Widerspruch meistern muss, einerseits die Interessen der deutschen Monopolbourgeoisie durchzusetzen, den Ausbeutungsbetrieb nicht nur am Laufen zu halten, sondern den Coronavirus zu nutzen, um die Ausbeutung im eigenen Land aber auch die Ausplünderung anderer Länder in der EU zu intensivieren; andererseits ist der deutsche Imperialismus gezwungen, den Coronavirus im Sinne einer Herrschaftssicherung, sich eine Massenbasis in der Gesellschaft zu schaffen, die trotz seiner Unfähigkeit zum Handeln im gesamtgesellschaftlichen Interesse, dafür sorgt, dass sich entscheidende Teile der Gesellschaft – im Kern die Arbeiterklasse – nicht gegen die Monopolbourgeoisie stellen. Aktuelle Umfragen, in denen dem Merkel-Kurs in der Corona-Krise zwei Drittel der Befragten folgen, zeigen, dass dies momentan gelingt. Dass es sich hierbei aber um eine Momentaufnahme handelt, die angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre schnell kippen kann, liegt auch auf der Hand. Dabei darf auf keinen Fall unterschätzt werden: Die deutsche Monopolbourgeoisie ist gezwungen, alle möglichen Maßnahmen gegen das werktätige Volk (über die Arbeiterklasse hinaus) zu ergreifen, um aus der Corona-Krise im Zusammenspiel mit der sich zuvor angekündigten seit 2009 verschleppten Überakkumulationskrise gestärkt hervorzugehen. Dies wird Formen massiver Verelendung in der deutschen Bevölkerung nach sich ziehen, von denen natürlich in erster Linie die Arbeiterklasse betroffen sein wird, aber auch andere Klassen und Schichten, die ein wichtiger Resonanzboden sind für die Aufrechterhaltung einer Massenbasis für die deutsche Monopolbourgeoisie. Die Stärke der Monopolbourgeoisie, den Coronavirus für ihre Interessen zu nutzen, ist somit auch gleichzeitig ein Kennzeichen ihrer Schwäche, dass sie mit all diesen Maßnahmen gleichzeitig gezwungen ist, ihre Hegemonie zu untergraben. Letzteres ist umso gravierender und für den ideologischen Klassenkampf weitaus schwieriger händelbar für die herrschende Klasse angesichts des beschriebenen Agierens der Volksrepublik China. Das Zusammenspiel von Russland, Cuba, Venezuela, Syrien mit China im Zentrum haben dem Imperialismus – erst Recht dem deutschen – seine ökonomische und auch militärische Begrenztheit vor Augen geführt. Die Bekämpfung von COVID-19 könnte die nächste Lehrstunde für den Imperialismus sein – und noch viel entscheidender: für die Unterdrückten Völker und die ausgebeuteten Klassen wie in Deutschland. Dieser Gesichtspunkt muss neben viel anderen ein roter Faden sein, der unsere Agitation in Sachen Coronavirus durchziehen muss.

Was die Rolle des deutschen Imperialismus in der EU anbelangt, könnte der Coronavirus eines der letzten Sargnägel für dieses imperialistische Staatenbündnis sein und damit ein enormer Machtverlust für den deutschen Imperialismus. Nachdem Staaten wie in Spanien oder auch Italien ihre enormen Todeszahlen durch COVID auch und vor allem dem zugrunde gerichteten Gesundheitssystem infolge der Troika-Politik 2009 ff auf Initiative des deutschen Imperialismus zu verdanken hat, legt der deutsche Imperialismus nun nach: Jegliche Hilfe für die EU-Partnerländer blieb aus, während ausgerechnet Russland, gegen das noch vor wenigen Wochen im Rahmen des US-Kriegsmanövers Defender 2020 in Europa mobilisiert wurde, dem NATO-Partner Italien hilft. Für jeden ersichtlich wird hier: Ein Land, von dem nach imperialistischer NATO-Propaganda eine Gefahr ausgeht, verhalten sich anders. So verhält sich nur Land, das ein aufrichtiges Interesse an Frieden hat. Allein das ist eine Niederlage sowohl für den US-Imperialismus, aber auch seinem transatlantischen Hauptverbündeten in Europa – den deutschen Imperialismus.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wenn wir uns vergegenwärtigen, wie China, Russland, Cuba oder auch Venezuela auf Covid-19 reagieren, dann müssen wir feststellen, dass Maßnahmen ergriffen wurden, die in einem gewissen Maße dem ähneln, wie sie auch in imperialistischen Ländern ergriffen werden. Das schließt Maßnahmen zur Durchsetzung einer Isolierung ein, die massiv in die Grundrechte der jeweiligen Völker eingreift. Ich halte es für außerordentlich wichtig, weil sich dabei mehrere Aspekte zu beleuchten sind:

1. Die z.T. drastischen Maßnahmen inklusive Grenzschließungen, Ausgangssperren usw. in China, Cuba, Russland einerseits und imperialistischen Ländern wie auch Deutschland andererseits, dem nun auch Länder wie Schweden folgen (ein Ausnahme bleibt bis dato Weißrussland in Europa) weisen darauf hin, dass die Regierungen der Länder systemübergreifend zu der Einschätzung gekommen sind, dass von COVID-19 eine ernstzunehmende Gefahr ausgeht, die ein konzertiertes Handeln erfordert.
2. Aus der Tatsache ähnlicher Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus wird in „Alternativen Medien“ nun von Autoren der große Fehler begangen, China und seine Freunde sowie die imperialistischen Länder über einen Kamm zu scheren. Gewollt oder nicht sind solche Thesen und Zungenschläge Wasser auf den Mühlen der Propagandisten der antitotalitären Doktrin. Sie sind bei jedem Autoren – gleich seiner vermeintlichen oder tatsächlichen medizinischen, virologischen oder epidemiologischen Kenntnisse – durch uns abzulehnen.

Aus der Beobachtung ähnlicher Maßnahmen von Ländern, deren Gesellschaftssysteme sich antagonistisch gegenüberstehen, ist es notwendig, zur Erfassung dieser Maßnahmen, die Maßnahmen in den Ländern in ihrer Gesamtheit und ihrem Zusammenspiel zu erfassen, um damit den wesentlichen Klassencharakter zu erfassen. Dazu möchte ich schlaglichtartig auf einige Maßnahmen eingehen, wie sie die Bundesregierung ergriffen bzw. nicht ergriffen hat und dies ggf. abgleichen mit China und anderen (durchaus auch kapitalistischen) Ländern.

Was jahrelang ein Tabu und seit 2009 durch die Große Koalition in Form der sog. Schuldenbremse im Grundgesetz verankert ist, wurde innerhalb weniger über Bord geworfen: Die Bundesregierung hat ein 1,2 Billionen Euro schweres Rettungspaket aufgelegt. Die Frage ist: Wer wird damit gerettet? Nach dem Vergaberecht des Bundeswirtschaftsministerium stehen diese Rettungspakete für Unternehmen mit mehr als 249 Beschäftigten und mehr als 50 Mio. € Umsatz zur Verfügung – also für Unternehmen, die nach Definition der EU-Kommission KEINE Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) sind. Profiteure sind also Großkapitalisten. Formen der Unterstützung sind dabei wie bei der Bankenrettung 2009 Staatsgarantien für Verbindlichkeiten der Unternehmen aber auch Staatsbeteiligungen, wobei seitens der Bundesregierung betont sei, dass diese Maßnahmen von „Verstaatlichung“ nur vorübergehend seien. Auch dieses Instrument kennen wir aus Krise 2009 durch staatliche Beteiligungen – also eine Finanzierung von Unternehmensverlusten durch Steuergelder, deren Löwenanteil die Lohnabhängigen erbringen. Ergänzt werden diese staatsmonopolistischen Maßnahmen für das deutsche Großkapital durch Kurzarbeit, zu denen vor allem die Automobilindustrie greift – neben dem Rauschmiss der Arbeitsverhältnisse für Leiharbeiter. Da ist zu beachten, dass Kurzarbeit gegenfinanziert wird durch die Bundesagentur für Arbeit, die sich wiederum finanziert aus den Versicherungsbeiträgen der Lohnabhängigen und Kapitalisten (was wiederum eine

Form des Lohns ist). Die Arbeiterklasse finanziert bei Kurzarbeit also ihr eigenes Kurzarbeitergeld. Diese faktische Umverteilung in der eigenen Klasse ist umso ungeheuerlicher, als dass in der Automobilindustrie offensichtlich ist, dass die Produktion runtergefahren wird aufgrund einer Überproduktionskrise, die sich schon weit vor der COVID-19-Ausbreitung ankündigte.

Wie dieser gigantische Rettungsschirm von 1,2 Billionen der Bundesregierung für das Großkapital einzuordnen ist, zeigt ein Blick darauf, welche Maßnahmen zur Unterstützung anderer Klassen und Schichten durch die Bundesregierung gewährt werden:

- Insgesamt 50 Mrd. € stehen für Freiberufler bzw. Kleinunternehmen zur Verfügung. Dabei handelt es sich um Soforthilfen von z.B. 9.000 € bis 5 Beschäftigte und günstigere Kredite, die über Hausbanken gewährt werden sollen. Die Realität zeigt vor allem für Kleingewerbetreibende im Einzelhandel, dass z.T. schon die Mieten die Soforthilfen verschlingen und die Kredite den Ruin verlängern, aber nicht verhindern können, weil die Verdienstaufschläge nicht aufgeholt werden können (insbesondere in der Gastronomie). Demgegenüber fahren Handelskonzerne wie ALDI, die Schwarz-Gruppe (LIDL, Kaufland) oder erst Recht der US-Onlinehandelskonzern Amazon Rekordprofite ein – der Coronavirus wird also genutzt, um einen gewaltigen Monopolisierungsprozess im Handel vorantreiben, an dessen Ende eine nicht geringe Zahl Gewerbetreibende und ihre Beschäftigten auf der Straße stehen und vor allem die Arbeiterklasse die sozialen Folgen zu schultern hat.
- Alte Menschen, die in den Medien derzeit rauf und runter als „Risikogruppe“ stigmatisiert werden, profitieren von den Maßnahmen der Bundesregierung in keiner Weise. Dabei ist es gerade für Rentner – und unter ihnen insbesondere für diejenigen, die auf Grundsicherung angewiesen sind – unbedingt notwendig, dass ihre Rente aufgestockt wird. Denn sie sind zusammen mit ALG-II-Beziehern auf das Angebot von Essenstafeln angewiesen, die aufgrund des Coronavirus ihr Angebot massiv runterfahren. Diesen Teilen der Arbeiterklasse droht der „offene“ Hunger (Formen des verdeckten Hungers, wie Reduzierung des Essenangebots auf Nudeln mit Ketchup ab Mitte des Monats sind jetzt bereits Bestandteil der sozialen Realität in Deutschland). Dasselbe zählt auch für den Anteil der Lohnabhängigen, die zwar kein Anspruch auf Sozialtransferleistungen haben, aber gerade dadurch z.T. weniger Haushaltseinkommen zur Verfügung haben als ein Haushalt mit ALG-II-Beziehern, die erwerbslos sind. Sie alle werden nicht zuletzt überproportional von den steigenden Energiekosten getroffen werden, die nicht nur angesichts der CO₂-Bepreisung, sondern auch der rasant steigenden Mineralölpreise absehbar sind.
- Für breite Teile der Arbeiterklasse sieht die Bundesregierung ebenfalls keine Maßnahmen vor, um sie zu schützen. Die wichtigste Maßnahmen, um die Gesundheit der Beschäftigten zu schützen wäre: Runterfahren der GESAMTEN PRODUKTION bis auf die lebenswichtige Infrastruktur bei voller Lohnfortzahlung und Verbot von Kündigungen. Mit dieser Maßnahme sind China und Russland der Ausbreitung des Coronavirus entgegengetreten. Dabei nehmen beide Länder erhebliche wirtschaftliche Einbußen in Kauf, während die Merkel-Regierung (und auch die USA) darauf setzt, den Ausbeutungsbetrieb am Leben zu halten, um sich so einen Konkurrenzvorteil zu verschaffen. Dies führt zu der schizophrenen Situation in Deutschland, dass Beschäftigte in Freizeit nicht das Haus verlassen dürfen, um z.B. das Versammlungsrecht in Anspruch

zu nehmen, aber in der Produktion auf engstem Raum (häufig ohne Schutzkleidung) arbeiten müssen. Notwendig ist diese Maßnahme auch, um lohnabhängigen zu ermöglichen, sich angesichts der Schließung von Kitas und Schulen um ihre Kinder hinreichend kümmern zu können, wozu auch die Begleitung beim Lernen für die Schule gehört.

- Ein spezifisches Problem, in dem sich die gesamte Unfähigkeit der herrschenden Klasse, wie in einem Prisma in seinen unterschiedlichen Facetten widerspiegelt, ist der fehlende Bedarf an Schutzkleidung. Wenn Maßnahmen zum „Abstand halten“ zu Eindämmung der COVID-19-Ausbreitung einen Sinn haben sollen, müssen die Beschäftigten mit ausreichend Schutzkleidung ausgestattet sein. Das gilt natürlich im Besonderen für Pflegekräfte in den Krankenhäusern und Pflegeheimen, aber auch Ärzte und deren Angestellte in den Praxen. Ferner ist Schutzkleidung notwendig für die Lohnabhängigen, die für die gesamte öffentliche Sicherheitsstruktur verantwortlich sind und nicht zuletzt die Beschäftigten im Einzelhandel, aber auch in sensiblen und wichtigen Produktionsbereichen wie z.B. der Lebensmittelindustrie. Wenn ich dabei von Unfähigkeit der herrschenden Klasse spreche, dann meine ich damit, dass insbesondere die Monopolbourgeoisie am Coronavirus zeigt, dass sie unfähig ist, im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu handeln. Das heißt keineswegs, dass sie und ihre politischen Vertreter nicht WISSENTLICH das Land in diese Situation geführt haben. Der Bundesregierung liegen nicht nur eigene Risikoanalysen zu einer Pandemie vor aus dem Jahre 2012. Anhand der Entwicklung in China war bereits vor Monaten absehbar, was auf Deutschland zukam. Anstatt zu Handeln, sonnte sich Gesundheitsminister Spahn selbstgefällig in seiner eigenen Einschätzung, dass man „gut vorbereitet“ sei. Die Situation allein in Brandenburg zeigt: dem ist nicht so. In den Pflegeheimen sind in der Regel nicht mal ausreichend Mundschutze vorhanden – von FFP2-Masken (die im Gegensatz zu Mundschutzen für den Träger tatsächlich einen gewissen Schutz bedeuten) ganz zu schweigen. In Potsdam wurden die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, für das städtische Klinikum Ernst von Bergmann Mundschutze zu nähen. Es ist davon auszugehen, dass die nicht ausreichende Ausstattung mit Schutzkleidung dazu beitrug, dass dieses Klinikum mit einem Einzugsgebiet weit über Potsdam hinaus, jetzt traurige Berühmtheit erlangte, weil innerhalb von weniger als Wochen 15 Menschen an COVID-19 verstorben sind. Dabei wurde der Bock zum Gärtner gemacht, als das RKI um Hilfe gebeten wurde, denn die gelockerten Hygienebestimmungen sind auf Empfehlungen des RKI selbst zurückzuführen angesichts knapper Ressourcen in Sachen Schutzkleidung etc.

Wie ist – trotz besseren Wissens – zu erklären, dass zumindest die Bundesregierung sehenden Auges auf dieses Szenario eines Engpasses zugesteuert ist? Hier spielen mehrere Faktoren eine Rolle:

- Entsprechend einer neoliberalen Ausrichtung der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge aber auch der Logistik in Deutschland insgesamt, ist Vorratshaltung im Sinne einer Profitmaximierung ein Kostenfaktor, den es auf Null zu minimieren gilt. Das ist solange kein Problem, wie das Angebot an sicherheitsrelevanten Waren importierbar ist. Jetzt rächt sich diese „Optimierung“ der Logistik im Gesundheitsbereich (und nicht nur da).
- Selbst mit Verspätung wäre es der Bundesregierung noch möglich gewesen, die Kapazitäten für Schutzkleidung und auch Beatmungsgeräte oder Desinfektionsmittel hochfahren zu lassen. Solche Maßnahmen haben in China dafür gesorgt, dass das Land innerhalb kürzester Zeit nicht nur seinen eigenen Bedarf decken kann, sondern anderen Ländern nun in umfangreichen Maßstab

hilft – eine Hilfe, die die Bundesregierung bis heute nicht angenommen hat, obwohl das Beispiel des Hilferufs des CDU-Landrats von Heinsberg in Rheinland-Pfalz an Xi Jinping gezeigt hat, dass die chinesische Regierung bereit ist mit der Lieferung von Schutzkleidung zu helfen. Dabei soll keineswegs unterschlagen werden, dass auch chinesischer Unternehmen in privater Hand bereitwillig und schnell in der Produktion umgestiegen sind wie z.B. der Automobilhersteller BYD. Auch will ich nicht unterschlagen, dass die chinesische Regierung dafür Steuernachlässe gewährte. Nur den Privatunternehmen war natürlich klar: Wenn sie nicht sofort den Anforderungen der chinesischen Regierung entsprechen, wären im nächsten Schritt massive Eingriffe in die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel gefolgt. Ganz anders hingegen die Situation in Deutschland: Hier bittet die Bundesregierung zwar mit ganzseitigen Anzeigen die Unternehmen darum, doch bitte Schutzkleidung etc. zu produzieren, aber die Automobilindustrie und der Maschinenbau – die Schlüsselindustrie einer führenden Industrienation – pfeift darauf, fährt lieber die Produktion runter bzw. produzierte noch bis zum letzten Moment und soll auch weiterhin nicht belästigt werden mit Produktionsumstellungen zur Sicherung des Gesundheitsschutzes für die Menschen hierzulande. Um gestärkt aus der Krise hervorzugehen, wird alles getan auf den Kommandohöhen der Monopolbourgeoisie, um sich gegenüber der Konkurrenz auf dem Weltmarkt durchzusetzen – insbesondere in der EU. Dafür wird sprichwörtlich über Leichen gegangen. Wucherpreise für Atemmasken, wie eingangs erwähnt, sind hier also nur die Spitze des Eisbergs.

- Abgesehen von den merkwürdigen und nicht wirklich erklärbaren signifikanten Unterschieden zwischen der Anzahl der Verstorbenen in Italien, Spanien, Frankreich und anderen im Gegensatz zu Deutschland, scheint das deutsche Gesundheitssystem im Moment noch in der Lage zu sein, im konkreten ausreichend Intensivbetten zur Verfügung zu stellen. Stand 5. April ist aber nicht mal geklärt, wie viele Intensivbetten tatsächlich zur Verfügung stehen in Deutschland. Ziel von Gesundheitsminister Spahn ist eine Verdoppelung von 28.000 auf 56.000. Anfang April hatte der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Gaß, geschätzt, dass 40.000 Betten zur Verfügung stünden – davon seien bis zu 20.000 frei. Dem widersprach laut Handelsblatt die Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI). Laut ihres Intensivregisters könnte wohlwollend von ca. 33.000 Betten die Rede sein – davon 10.000 freie. Auf Grundlage von über 50.000 laborbestätigten COVID-19-Infizierten in China, ist anzunehmen, dass die Erkrankung in 6 % der Fälle kritisch bis lebensbedrohlich verläuft. Selbst wenn 20.000 Intensivbetten frei sein sollten, wäre bei ca. 330.000 COVID-Infizierten (ohne die Geheilten) das Limit rechnerisch erreicht. Real ist aufgrund der örtlichen Verteilung davon auszugehen, dass Engpässe bereits vorher in dichtbesiedelten Regionen auftreten könnten, wie die Beispiele aus Belgien (Brüssel), Frankreich (Paris), Italien (Lombardei) und Spanien (Madrid) zeigen. Das entscheidende Nadelöhr beim Hochfahren der Kapazitäten für Intensivbetten ist dabei der Personalmangel. Aufgrund von Arbeitshetze und Unterbezahlung sind immer weniger Pflegekräfte bereit, ihren erlernten Beruf auch auszuüben. Das ist wiederum Ergebnis einer neoliberalen Zurichtung des Gesundheitswesens in den letzten zwei Jahrzehnten, die sich in Privatisierungen der Krankenhäuser äußerte. Begründet war die Zurichtung in der Schaffung von Analogemöglichkeiten für die Finanzoligarchie mit entsprechender Aussicht auf Extraprofiten in der Reproduktionssphäre (neben Immobilien und anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur). Eine Katalysatorfunktion bei der Profitausrichtung der Krankenhäuser

hatte dabei die Einführung der Fallpauschale anstelle der Selbstkostendeckung, so dass eine hohe Frequenz kostenintensiver Operationen mit geringen Verweildauern der Patienten zum Hauptziel wurden – auch für Krankenhäuser in öffentlicher Hand (z.B. der Kommunen). Insbesondere die Einführung der Fallpauschalen hatte eine Verringerung der Bettenzahl inklusive der Intensivbetten in deutschen Krankenhäusern zur Folge.

Auch angesichts dieser Lage, zeigt das Beispiel China, was möglich wäre, wenn eine Regierung den Schutz der Gesundheit seiner Bürger in den Mittelpunkt stellt: Innerhalb von weniger als 10 Tagen wurde in der Wuhan-Region ein Krankenhaus errichtet, das für COVID-19-Infizierte zur Verfügung stand. Berlin verfolgt dieses Ziel nun auch und plant 1.000 Betten aus dem Gelände der Messe Berlin zur Verfügung zu stellen. Neben der technischen Ausstattung ist dabei ungeklärt, welches Personal zum Einsatz kommen soll. Es ist schlicht und einfach nicht da.

Liebe Genossinnen,

ich wies darauf hin, dass Länder wie China oder auch Cuba zu ähnlichen Maßnahmen bei der Bekämpfung des Coronavirus greifen wie imperialistische Länder. Ich habe entlang einer Reihe Maßnahmen in Deutschland aufgezeigt, dass all diese Maßnahmen sich gegen die Arbeiterklasse richten, und die Monopolbourgeoisie den Coronavirus nutzt, um ihre Interessen durchzusetzen auf dem Rücken großer Bevölkerungsteile über die Arbeiterklasse hinaus. Meines Erachtens ist diese Herangehensweise, die dadurch gekennzeichnet ist, den Coronavirus eben nicht effizient einzudämmen, sich fundamental von der Herangehensweise Chinas unterscheidet. Dabei gilt es den grundsätzlich demokratischen Charakter in China zu unterstreichen: Während in Deutschland faktisch eine Minderheit von ca. 200 Milliardären über Leben und Tod entscheidet von „Risikogruppen“ – um in dem stigmatisierenden Jargon zu bleiben –, obliegt es in China einer gewählten Regierung, ihrem Auftrag gerecht zu werden, seine Bürger zu schützen. Ich halte diese Einordnung für außerordentlich wichtig, um im nächsten Schritt auch Maßnahmen einzuschätzen, die weitgehend in die Bewegungsfreiheit der Menschen eingegriffen haben in China, aber auch in Ländern wie Cuba. So wurde in der Wuhan-Region eine rigorose, zweimonatige Quarantäne über die Wuhan-Region verhängt. Und ohne jetzt proimperialistischen „Menschenrechtsaktivisten“ das Wort zu reden, lehne ich mich aus dem Fenster und halte fest: Bei der Durchsetzung dieser Quarantäne werden die chinesischen Sicherheitskräfte mit Sicherheit konsequent vorgegangen sein. Und ich gehe noch weiter: Ich halte dieses Herangehen für richtig.

Die Frage ist nun: Können wir deshalb als Kommunisten auch den Eingriffen in demokratische Rechte in Deutschland zustimmen? Nein. Denn unabhängig von der Tatsache, dass eingeschränkte Ausgangssperren auch in Deutschland natürlich einen Beitrag dazu leisten, die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen, verfolgt die herrschende Klasse in Form der Merkel-Regierung selbstverständlich im Rahmen der Corona-Krise ein Ziel, das weit über einen „normalen“ Demokratieabbau hinausgeht, wie wir ihn die letzten Jahrzehnte z.B. durch die Verschärfung der Polizeigesetze erlebt haben. Allein die zuvor aufgezeigte gezielte Untätigkeit bei der konsequenten Bekämpfung des Coronavirus zeigt, dass es die Herrschenden auf einen Ausnahmezustand als Dauerzustand anlegen. Dieser organisierte Ausnahmezustand ist u.a. gekennzeichnet durch:

- Eine Ausschaltung der Parlamente, wie sie nicht mal die Notstandsgesetze kennen. So ermöglicht es das im Schnellverfahren überarbeitete Infektionsschutzgesetz Bundesgesundheitsminister Spahn durch

Rechtsverordnungen von den gesetzlichen Regelungen abzuweichen – also ggf. auch gegen sie zu verstoßen. Damit werden einer Ermächtigungsgesetzgebung Tür und Tor geöffnet, die ihre besondere Brisanz dadurch erhält, dass Merkel nach eigenen Angaben davon ausgeht, dass die Eindämmung von COVID-19 noch bis zu drei Jahre in Anspruch nehmen könnte.

- Eine besondere Qualität zum Ausbau der Exekutive hat der erwogene Einsatz der Bundeswehr. Dabei ist zu differenzieren: Nichts spricht dagegen, dass die Bundeswehr anstatt andere Länder wie Russland im Rahmen von Defender 2020 (das ausgesetzt nicht abgesagt ist!) zu bedrohen, etwas Sinnvolles tut und medizinisches Material aber auch Sanitäter zur Verfügung stellt – zivilen Einrichtungen unterstellt, wohlbemerkt. Aber die Pläne der Kriegsministerin AKK weisen in eine ganz andere Richtung: Vorbereitet wird sich auf den Einsatz bewaffneter Bundeswehreinheiten wie Feldjägern, um Polizeiaufgaben zu übernehmen – vom Objektschutz bis zur Sicherung der Öffentlichen Ordnung. Hier wird bewusst der Rubikon überschritten, was die Vermutung nahelegt, dass die Herrschenden sich mittelfristig auf eine Situation einstellen, in der die Klassenkämpfe sich in einem Maße entwickeln, dass Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung durch das Militär notwendig sein könnten.

Allein diese Beispiele zeigen, dass es naiv und verantwortungslos wäre, nicht zu sehen, dass die Herrschenden derzeit zu einer Faschisierung im Schweinsgalopp ansetzen. Naiv – und ein falsches Verständnis von Faschisierung und Faschismus in Bezug auf seinen Klasseninhalt – ist es aber auch zu meinen, ein wirksamer Widerstand sei es jetzt, zu Demonstrationen gegen das Versammlungsverbot zu mobilisieren, wie es jüngst in Berlin geschehen ist im Umfeld des Journalisten Ken Jebsen. Dabei bin ich gerne bereit, solchen Menschen Respekt zu zollen aufgrund ihrer Bereitschaft zum zivilen Ungehorsam. Solche Maßnahmen sind vielleicht aber auch Ausdruck einer gewissen Selbstgefälligkeit, die Arbeiterklasse grundsätzlich zu ‚dummen Schafen‘ zu erklären, während man selbst geradezu immun sei gegen die Herrschaftspropaganda. Solche elitären Haltungen werden das Problem nicht lösen – sie können im schlimmsten Fall Teil eines Problems werden. Unabhängig von der Motivation der Akteure halte ich fest: Diese Maßnahmen sind NICHT WIRKSAM im Sinne einer KLASSENMOBILISIERUNG. Grundvoraussetzung dafür ist, dass die Versammlungsfreiheit im Kampf um die demokratischen und sozialen Rechte der Beschäftigten bei der Eindämmung des Coronavirus erstritten wird. Streikmobilisierung zur völligen Stilllegung der Produktion bei vollem Lohnausgleich wie in Italien zum (Selbst)Schutz der Lohnabhängigen sind solche Maßnahmen. Forderungen wie ausreichend Schutzkleidung für Pflegekräfte und andere kann auch ein Ansatzpunkt sein, um ggf. die Versammlungsfreiheit in Anspruch zu nehmen. Dafür müssen diese Forderungen und Losungen aber in Kernen der Klasse – keineswegs der Mehrheit – auf der Agenda stehen, um in Aktionen umzuschlagen. Hierauf muss für uns Kommunisten das Hauptaugenmerk liegen. Und genau daran sollten wir in den nächsten Wochen in einer geduldigen aber auch unnachgiebigen agitatorischen Kleinarbeit ringen. Umso mehr es uns in diesem Sinne – und sei es auch nur im bescheidenen Maße – gelingt, Teile der Arbeiterklasse zu formieren, desto besser sind die Ausgangsbedingungen, den Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse zu führen. Wenn dabei der Kampf um die Durchsetzung der Versammlungsfreiheit auf den Plan gerufen wird, müssen wir die ersten sein, die zeigen, dass es Kommunisten nicht an Bereitschaft fehlt, zivilen Ungehorsam zu leisten – wenn es der Mobilisierung und Formierung der Klasse dienlich ist.

(Es folgt ein organisationspolitischer Teil, der nur für Parteimitglieder bestimmt ist.)

Liebe Genossinnen und Genossen,
welche Maßnahmen und welche Herangehensweise sind nun richtig für unsere Landesorganisation Brandenburg? Dazu einige Anmerkungen, Hinweise und Vorschläge:

- Entscheidend ist für uns im Moment, wie es uns gelingt, unter den momentanen Bedingungen, die Parteiarbeit aufrechtzuerhalten – auf der Ebene des Landesvorstandes aber vor allem auch der Grundorganisationen. Die Sofortmaßnahme, die LV-Sitzung am 28. März ausfallen zu lassen, war richtig. Umso wichtiger ist, dass wir stattdessen als Sek zusammengetreten sind (was in einem Spannungsfeld zur Ausgangssperre steht). Das muss aber auch heißen: Wir haben die Pflicht, den Landesvorstand umfassend zu informieren. Dies muss nach der Sek-Sitzung nicht nur durch Mails und Briefe erfolgen, sondern auch zusätzlich telefonisch erfolgen. Meine Erfahrung ist, dass die Genossen das auch brauchen und als hilfreich empfinden in dieser Situation. Ein wichtige Diskussionsgrundlage zur Einschätzung der momentanen Situation bildet dabei dieses Referat, das allen Mitgliedern der Landesorganisation zur Verfügung gestellt werden sollte. Dass dies in den einzelnen GOs passiert, ist die persönliche Verantwortung der Landesvorstandsmitglieder in ihrer GO.
- Das Aussetzen von LV-Sitzungen muss eine Ausnahme bleiben. Es müssen jetzt Wege gefunden werden, dass der LV zusammentreten kann. Wenn dies an einem Ort nicht möglich ist im April aufgrund der Einschränkungen für Zusammenkünfte, dann muss die LV-Sitzung via Telon- oder Videokonferenz erfolgen. Dabei ist zu gewährleisten, dass alle Genossinnen und Genossen mit unterschiedlichen technischen Voraussetzungen (kein Internet etc.), an der Konferenz teilnehmen können. Die Verantwortung dafür liegt bei Männe Grüß.
- Wir halten grundsätzlich an unseren Zeitplänen fest. Das geschieht auch in den Vorlage zur Absicherung der Bundestagswahlkandidatur, die heute zur Diskussion vorliegt. ABER: Wir müssen operativ und flexibel jetzt auch Zeitpläne anpassen, wenn es notwendig ist. Ein „stumpfes“ Abarbeiten von Zeitplänen ist jetzt kein Ausdruck erhöhter Verbindlichkeit. Das heißt jetzt konkret: Um ein Treffen an einem Ort zumindest zu erwägen, sollte die LV-Sitzung auf einen Termin Ende April verlegt werden. Konkret vorgeschlagen wird eine LV-Sitzung am 25. April anstelle des Gedenkens zum Elbe Day in Torgau, das auf den 3. Oktober verschoben wurde. Ein Tagesordnungspunkt wird dabei die Vorlage zur Absicherung der Bundestagswahlkandidatur sein. Zuvor wird das Sekretariat am 17. April zusammentreten an einem Ort.
- Bezüglich der Arbeit der Grundorganisationen ist an den Orientierungen festzuhalten, die der Parteivorstand ausgegeben hat: Von gemeinsamen Sitzungen ist möglichst bis auf Weiteres abzusehen. Gleichzeitig ist umso wichtiger, dass die Gruppenleitungen sich regelmäßig beraten, um Aktivitäten abzustimmen, aber auch, um die Gruppenmitglieder zu informieren und sich gleichzeitig auch über den Zustand der Genossinnen und Genossen zu informieren. Die Gruppenleitungen stehen in der Verantwortung in dieser Situation, Genossinnen und Genossen ggf. solidarisch zu unterstützen, die jetzt Hilfe benötigen. Es ist in dieser Situation – um es deutlich zu sagen – FALSCH, darauf zu

warten, dass ein Genosse von selbst um Hilfe bittet. Die Gruppenleitung muss eigeninitiativ Hilfsangebote formulieren.

- Die wichtigsten Aufgaben des Landesvorstandes gegenüber den GOs sind in dieser Situation, sie über das aktuelle Geschehen zu informieren, Einschätzungen abzuliefern und Werkzeuge an die Hand zu geben, um vor Ort unter den erschwerten Bedingungen einzugreifen. Aus diesem Grund hat das Landes-Sekretariat bereits in der jüngsten Vergangenheit, erste kurze Einschätzungen des Landesvorsitzenden Männe Größ verschickt und auf Artikel im Internet verwiesen. Neben dem jetzigen Referat soll dieser Informationsfluss fortgesetzt werden.
- Das wichtigste Werkzeug ist derzeit der Rote Brandenburger. Hierfür liegt den GOs einerseits der Rote Brandenburger Extra zum 8. und 9. Mai vor. In dieser Extraausgabe bildet das US-Kriegsmanöver Defender 2020 einen Schwerpunkt, wenngleich der antifaschistische Appell des Landesvorstandes in dieser Ausgabe weit über Defender 2020 hinausgeht. Ich möchte aber in diesem Zuge noch mal betonen, dass das US-Kriegsmanöver Defender 2020 keineswegs abgesagt ist, sondern lediglich eingefroren ist. Die US-Militäreinheiten die bis dato aus den USA nach Europa verschifft wurden, befinden sich immer noch in Europa bzw. Deutschland.
- Um in der neuen Situation ein geeignetes Agitationsmaterial vor Ort zur Verfügung zu haben, sichert das Landessekretariat schnellstmöglich einen Roten Brandenburger Extra zum Coronavirus ab (Stand 5. April: Der Rote Brandenburger Extra ist in einer 18.000er Auflage in Druck gegangen und wird den GOs vor Ostern zur Verfügung stehen). Wichtig ist, dass dieses Material schnell vor Ort verteilt wird, weil es in weniger als einem halben Monat schon wieder veraltet sein kann. Hierfür entsprechend die Verteilung vor Ort abzusichern, ist eine weitere zentrale Aufgabe der Gruppenleitungen.
- Ausgehend davon, dass am 1. Mai keinerlei Veranstaltungen und Demonstrationen stattfinden werden, sollte der Landesvorstand Instrumente entwickeln, damit die GOs am 1. Mai vor allem in ihren Schwerpunktgebieten Präsenz zeigen können. Überlegenswert sind dabei Plakate oder auch Wandzeitungen, die ggf. auch legal mit Klebeband befestigt werden können. Denkbar ist aber auch das Aufhängen von Transparenten – z.B. vor Krankenhäusern. Solche Maßnahmen sind neben Steckaktionen organisatorisch zumindest für viele GOs leistbar. Abzustimmen ist dabei, welche Maßnahmen der Parteivorstand ergreift, um ggf. die Doppelproduktion von Öff-Material zu verhindern.
- Weitere Überlegungen sind anzustellen in Bezug auf Aktionen zum 8. und 9. Mai. Hier kann eine realistische Aktionsorientierung sein, dass alle GOs vor Ort Kleingruppen eine Ehrung an einem sowjetischen Ehrenmal vor Ort durchführen – inklusive Transparenten, die für „Frieden mit Russland!“ werben. Solche Ehrungen könnten fotografisch festgehalten werden, um daraus eine Fotosammlung zu erstellen. Diese Fotosammlung inklusive eines Anschreibens geht dann zusammen mit einem Offenen Brief an den Veteran der Roten Armee, Iwan Martynuschkin, der als 18-Jähriger Auschwitz befreite und nun via RT Deutsch dazu aufrief, ihm Briefe zu schreiben.

Bei all diesen Orientierungen will ich nicht den Eindruck erwecken, dass die Situation oder meine improvisierte Handlungsorientierung zufriedenstellend ist. Es ist für uns als

Landesorganisation Brandenburg ein großer Rückschlag, dass uns die breite Friedensmobilisierung gegen Defender 2020, auf die wir gut vorbereitet und zu der wir auch schon aktiv waren, unter den Beinen weggezogen wurde. Geplante Veranstaltungen mit Lühr Henken vom Kassler Friedensratschalg oder auch mit Männe Grüß fallen nun u.a. in Eberswalde, Strausberg und Cottbus ins Wasser – teilweise war das Öff-Material schon gedruckt.

Trotzdem dürfen wir uns nicht zu schade sein, auch Herangehensweisen organisatorisch und agitatorisch zu gehen, die sich vielleicht im weiteren Verlauf auch als unbrauchbar – vielleicht auch peinlich – erweisen. Die Partei ist angesichts ihrer Gesamtverfasstheit jetzt überfordert mit einer sofortigen Umstellung ihrer Methoden in der Arbeit (das muss auch ein Weckruf für uns sein, aber auch Realismus erzeugen bzgl. unseren realen Möglichkeiten) – und die Partei knüpft an einer Situation an, die dadurch gekennzeichnet ist, relativ isoliert von der Klasse zu agieren. Das heißt aber gerade in dieser Situation, nicht den Kopf in Sand zu stecken, sondern lernend und kämpfend voranzuschreiten. In diesem Sinne kann diese Situation auch ein Beitrag zur Stärkung der Partei sein, Formen zu finden, die sich auch langfristig bewähren – und genau darum sollten wir jetzt ringen und uns auch nicht scheuen uns der Aufgabe zu stellen, jetzt Schritte einzuleiten die Bundestagswahlkandidatur der LO Brandenburg abzusichern.